

# STAATSARCHIV HAMBURG

213-13 Landgericht Hamburg -  
Wiedergutmachung

---

4633

  
**REGIS** GmbH

Art.-Nr. 37500-HAM13  
Archivmappe gemäß ISO 16245



4635

Termine:

25.3.1954

Landgericht Hamburg  
Wiedergutmachungskammer

Rückerstattungssache

Alexander, Alfred

Berechtigte

Bevollmächtigte:

URO

Vollmacht Bl. 5, 2

gegen

das Deutsche Reich

Rückerstattungs-  
pflichtige

Bevollmächtigte:

*Verpflichtet  
Art. 35*

Vollmacht Bl.

Betr. Rückerstattung:

Bargeld

und

Transportkosten der  
Rheinisch-Westfälischen  
Eisen-Industrie

Befestigte

Wertfestsetzung Bl.

Weggelegt 19

— Aufzubewahren: — bis 19

— dauernd —

WiK 1953

I/2 1355-2-



2. 1355.  
- 2 -

Alexander  
Alfred

Manchester 16.

2 Grosvenor  
Road  
Whalley Range  
Manchester 16.

Transport-  
Spezialamt -  
in Lagerkassett

Verk.  
Karl Schindler  
Kammer  
Karlbachstr. 23.

MGAF/C

CONTROL COMMISSION  
FOR GERMANY (B.B.)

21 JUN 1950

CENTRAL CLERK

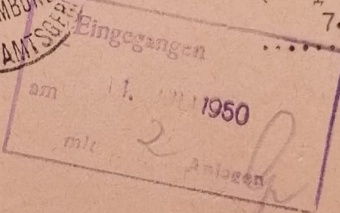
completed in triplicate and forwarded to the Zentralamt für Vermögensverwaltung (Britische Zone),  
Bad Nenndorf, Land Niedersachsen.  
The Ausfertigung bei dem Zentralamt für Vermögensverwaltung (Britische Zone) Bad Nenndorf, Land Niedersachsen, einzureichen.  
If provided is insufficient, a supplementary page, bearing the number of the paragraph and sub-paragraph,  
nicht aus, so ist ein mit der Ziffer des betreffenden Absatzes und Unterabsatzes versehenes Ergänzungsblatt beizufügen.

TUTION OF PROPERTY WHICH HAS BEEN SUBJECT TO TRANSFER IN  
DANCE WITH PARAGRAPH I OF GENERAL ORDER No. 10

ung von Vermögen, das unter Artikel I Absatz 1 der allgemeinen Verfügung Nr. 10 fällt.



Das Zentralamt  
für Vermögensverwaltung  
(Brit. Zone)  
(20a) Bad Nenndorf  
7. 7. 1950



.....  
chsel  
zeichnen.

.....  
ngsamt  
ht

.....  
utmachungssache Alexander, Alfred  
.....  
5  
.....

Im Nachgang zu dem Ihnen übersandten Wiedergutmachungsan-  
werden in der Anlage nachgerichtet:  
C-Antrag Alfred Alexander vom 17. 6. 1950.

Auf Anordnung  
Verw.-Agent.

.....  
ress of person to whom transfer was made (if known)  
der Person, auf die das Vermögen übergegangen ist (soweit bekannt)

.....  
ress of present owner (if known, and different from (e)).  
des heutigen Eigentümers (soweit bekannt und verschieden von (e))

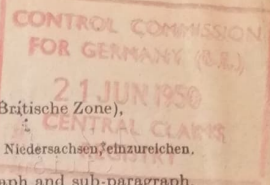
.....  
ails  
ben

.....

.....  
2050



MGA/C



This Form should be completed in triplicate and forwarded to the Zentralamt für Vermögensverwaltung (Britische Zone), Bad Nenndorf, Land Niedersachsen.

Dieser Vordruck ist in dreifacher Ausfertigung bei dem Zentralamt für Vermögensverwaltung (Britische Zone) Bad Nenndorf, Land Niedersachsen, einzureichen.

In cases where the space provided is insufficient, a supplementary page, bearing the number of the paragraph and sub-paragraph, should be annexed.

Reicht der vorgesehene Raum nicht aus, so ist ein mit der Ziffer des betreffenden Absatzes und Unterabsatzes versehenes Ergänzungsblatt beizufügen.

# CLAIM FOR RESTITUTION OF PROPERTY WHICH HAS BEEN SUBJECT TO TRANSFER IN ACCORDANCE WITH PARAGRAPH I OF GENERAL ORDER No. 10

Antrag auf Rückerstattung von Vermögen, das unter Artikel I Absatz 1 der allgemeinen Verfügung Nr. 10 fällt.

## Location of Property / Örtliche Lage des Vermögens

(a) Land Hamburg. (b) Kreis Hamburg. (c) Gemeinde Hamburg.

## Description of Person making Claim / Personalien des Antragstellers

(a) Surname (in Block Capitals) ALEXANDER (b) Christian Name(s) ALFRED  
 Familienname (in großen Blockbuchstaben) Vorname(n)  
 (c) Address 2 Grosvenor Road, Whalley Range, Manchester 16, Great Britain.  
 Anschrift  
 (d) Date and Place of Birth 16. September 1884. (e) Nationality British.  
 Geburtsdatum und Geburtsort Staatsangehörigkeit  
 (f) Employment Kaufmann. (g) Identity Card No. APCV 1: 17.  
 Beruf Ausweis-Nummer  
 (h) If not dispossessed owner, state title to make claim  
 Angaben über die Antragsberechtigung, falls der Antragsteller nicht der Geschädigte ist.

## I. IMMOVABLE PROPERTY I. UNBEWEGLICHES VERMÖGEN

(a) Description of Property. Estimated value at date of deprivation.  
 Nähere Bezeichnung des Vermögens. Geschätzter Wert am Tage der Wegnahme.  
 (b) Location of Property  
 Örtliche Lage des Vermögens  
 (c) Registration in Grundbuch or other Register  
 Eintragung im Grundbuch oder einem anderen Register  
 (d) State whether :—  
 Angaben über Folgendes :  
 (i) Confiscation was made without payment ?  
 Ist auf Grund der Wegnahme Entschädigung geleistet ?  
 (ii) Sold under duress ?  
 Fand der Verkauf unter Nötigung statt ?  
 (iii) If the latter, what payment was made ?  
 Welche Gegenleistung wurde im letzteren Fall gewährt ?  
 (e) Name and present address of person to whom transfer was made (if known)  
 Name und jetzige Anschrift der Person, auf die das Vermögen übergegangen ist (soweit bekannt)  
 (f) Name and present address of present owner (if known, and different from (e)).  
 Name und jetzige Anschrift des heutigen Eigentümers (soweit bekannt und verschieden von (e))  
 (g) Any other relevant details  
 Sonstige sachdienliche Angaben

*Exposit an (Einnahme)*  
*Cop.*  
*PA. 12/7.50*

*2.50*



3 SEP 1953

## II. MOVABLE PROPERTY / BEWEGLICHES VERMÖGEN

Estimated value at date of deprivation  
Geschätzter Wert am Tage der Wegnahme

(a) Description of Property  
Nähere Bezeichnung des Vermögens  
RM 7071,70, von mir gezahlt an die Firma A.Kinkel A.G. für den Transport  
die Speditions- und Lagerkosten von 2 Fünfmeter-Lifts nach Freemantle  
(Option Melbourne) Australien, ohne dass dieser Transport über den Freihafen  
(b) Location of Property  
Örtliche Lage des Vermögens Hamburg hinaus ausgeführt worden ist.

b) Hamburg, siehe Angaben oben unter a).

nein.

(c) Registration (if any)  
Etwas Eintragung in ein öffentliches Buch oder Register

(d) State whether :— Entschädigungslose Wegnahme der oben bezeichneten  
Angaben über Folgendes : Forderungen (ipso jure) auf Grund der 11. Ver-  
(i) Confiscation was made without payment ? ordnung zum Reichsbürgergesetz vom 25.11.  
Ist auf Grund der Wegnahme Entschädigung geleistet ? 1941.

(ii) Sold under duress ?  
Fand der Verkauf unter Nötigung statt ?

(iii) If the latter, what payment was made ?  
Welche Gegenleistung wurde im letzteren Fall gewährt ?

(e) Name and present address of person or persons to whom transfer was made (if known)  
Name und jetzige Anschrift der Person(en), auf die das Vermögen übergegangen ist (soweit bekannt)  
Land Hamburg, vertreten durch den Senator der Finanzen als Treuhänder des  
Vermögens des Deutschen Reichs, evtl. Rechtsnachfolger des Deutschen Reichs.

(f) Name and present address of present owner (if known and different from (e))  
Name und jetzige Anschrift des heutigen Eigentümers (soweit bekannt und verschieden von (e))

(g) Name and present address of person or persons who may have knowledge of the present whereabouts of property  
Name und jetzige Anschrift von Personen, die von dem Verbleib des Vermögens Kenntnis haben können  
Firma A.Kinkel A.G. Hamburg 1, Gr. Burstah 36/38, bezw. ihre Angestellten.

(h) Any other relevant details  
Sonstige sachdienliche Angaben

NOTE. In the case of a claimant resident *outside* Germany, give full particulars of the person *inside* Germany to be nominated by him to accept service of legal papers and notices on his behalf (if no such person is nominated by the claimant an Agent will be appointed by the Restitution Authority on his behalf).

Bemerkung :  
Falls der Antragsteller im Ausland wohnt, genaue Bezeichnung eines in Deutschland lebenden Vertreters, der ermächtigt ist, für ihn amtliche Papiere und Mitteilungen in Empfang zu nehmen. (Wird vom Antragsteller kein Vertreter benannt, so bestellt die Wiedergutmachungsbehörde einen solchen.)

United Restitution Office, Mr. Max Schindler, Kaulbachstrasse 23, Hannover.

I/We certify that the above statement is true according to my/our knowledge and belief.  
Obige Angaben entsprechen nach meinem/unserem besten Wissen und Gewissen den Tatsachen.

Signed  
Unterschrift

August Alexander

Date  
Datum

Manchester, 17. Juni  
1950.



Der Oberfinanzpräsident

Hamburg

O 5210 - A 109a-P 5

Hamburg 11, 1. September 1950  
Rödingsmarkt 83 / Fernsprecher 34 10 04

Es wird gebeten, dieses Geschäftszeichen, das die  
Gegenstand dieses Schreibens in der Antwort anzugeben

Eingegangen

- 7. SEP. 1950

Anlagen

An das

Wiedergutmachungsamt beim Landgericht  
H a m b u r g

H a m b u r g

Betr.: Rückerstattungssache Alfred Alexander, Manchester

Bezug: dort. Schreiben vom 4.8.50 Akt.-Zeich. Z 1355-2.

Anlagen: 2

Zu dem Antrag gemäß Bezugsschreiben nehme ich wie folgt Stellung:

Wie in meiner Stellungnahme zu dem Antrag des Berechtigten vom 26.5.50 (dort. Aktenzeichen Z 1355) am 14.7.50 ausgeführt, wurde der Gestapo s. Zt. ein Versteigerungserlös von RM 14.288,78 überwiesen, die ihrerseits an die Oberfinanzkasse Ostpreussen einen Betrag von RM 16.495,28 zahlte. Wenn sich die Differenz zwischen den beiden Beträgen (RM 2.206,50) auch nicht mit der im Bezugsschreiben angeforderten Summe von RM 7.071,70 deckt, ist es dennoch nicht ausgeschlossen, dass s. Zt. der Gestapo auch die gezahlten Frachtkosten zugegangen sind.

Ich bin mit der Angelegenheit nicht befaßt gewesen. Bei meiner Oberfinanzkasse sind keine Beträge in dieser Sache eingegangen, auch habe ich die Versteigerung nicht veranlaßt.

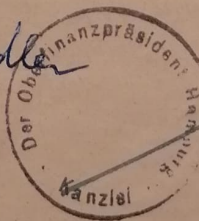
Übrigens vertrete ich das Deutsche Reich nicht schlechthin, sondern nur in den Fällen, in denen ich im Auftrage der ehemaligen Reichsfinanzverwaltung in meinem Oberfinanzbezirk Vermögensgegenstände verfolgter Personen vereinnahmt habe.

Sollte der angeforderte Betrag nicht in der von der Gestapo überwiesenen Summe enthalten sein, muß die Erstattung dem allenfalls noch zu erwartenden Entschädigungsgesetz vorbehalten bleiben, da Transportkosten nicht auf Grund des Rückerstattungsgesetzes geltend gemacht werden können.

Ich bitte, den Anspruch zurückzuweisen.

Im Auftrag  
gez. Dr. Holdeigel

1. 2. <sup>V</sup> *Abdruck an Schindler*  
2. *Liste 0*  
8.9.50 *SL*



Beglaubigt

Zollinspektor

12.9.50 Lem.

16. Sept. 1950

*Be*



# Unifed Restitution Office

Hannover, Kaulbachstraße 23

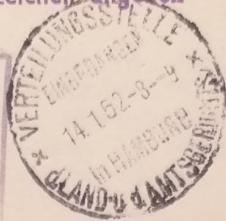
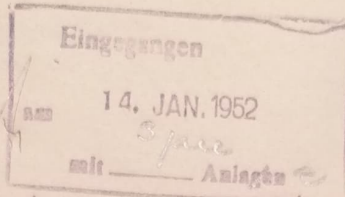
Telefon. 56256

Please quote our reference

Bitte unser Aktenzeichen angeben

13

UK / A / 18



An das  
Wiedergutmachungsamt  
beim Landgericht  
H a m b u r g 36

Zu: Z 1355 - 2 -  
Alfred Alexander

Zu den beiden Erklärungen der Oberfinanzdirektion zu Hamburg vom 9.11.51 wird wie folgt Stellung genommen:

1. Der Antragsteller hat am 7.1.47 seinen Anspruch beim Controll Office for Germany and Austria, Overseas Registry, R.14 Norfolk House, St. James's Square, London S.W. 1 angemeldet und damals den Wert auf 10.000 £ beziffert. Unter den Gegenständen befand sich eine sehr wertvolle umfangreiche Bibliothek, eine Kunstsammlung, eine Geige, reichliches Porzellan, Fotoeinrichtung mit dem neuesten Modell der Leica, Pelze usw. Diese Sachen stellten den groessten Teil der dem Antragsteller noch verbliebenen beweglichen Sachen dar. Der Antragsteller war ein sehr vermöggender Mann. Dies ergibt sich daraus, dass er nachweislich folgende Abgaben zu leisten hatte:

a) Reichsfluchtsteuer	115.915.--	RM
b) Judenvermögensabgabe	132.800.--	"
c) Zahlung an die Juedische Gemeinde	49.200.--	"

Als der Antragsteller ein Verzeichnis der einzelnen Gegenstände aufstellen musste, hat er sie peinlich genau geschätzt und ist zu dem in der Anmeldung erwähnten Gesamtbetrag von RM 53.673.96 gekommen.

Der Bericht der Oberfinanzdirektion ergibt, dass ein Reinerlös von RM 14.238.78 aus den Sachen erzielt worden ist. Es lässt sich nicht mehr feststellen, wohn die einzelnen Sachen gekommen sind und es kann daher Rückgabe in Natur nicht verlangt werden, sodass nur der Wertersatz in Betracht kommt. Die in anderen Sachen gemachten Erfahrungen zeigen, dass als Wert versteigerter Judenmöbel gewöhnlich das 3-4fache der Versteigerungssumme anzunehmen ist. Auch hier kommt man auf den vom Antragsteller angegebenen Betrag.

2. Was den Anspruch auf nichtverbrauchte Frachtvorschüsse anlangt, so liegt ein Irrtum der Oberfinanzdirektion vor. Der Antragsteller hatte an die Firma Kinkel bereits am 5.4.39 RM 1.180.50 fuer die beiden Lifts selbst bezahlt, die in Hamburg beschlagnahmt und versteigert wurden. Weiter zahlte er im Juli 1939 an die Firma Kinkel fuer Transportkosten RM 1.214.15 Dann erhielt er eine weitere Rechnung vom 15. Juli 39 ueber RM 7.167.55, die abgesehen von einem Betrag von RM 95.85 das Lagergeld, Transport usw. Die Kosten des Transportes fuer die beiden 5 m-Lifts nach Freemantle (Australien), Option Melbourne nebst allerlei Nebenkosten enthielten. Diese Transportkosten sind bestimmt nicht verbraucht. Auch die Unkosten fuer Lagerung im Freihafen Hamburg waren mit RM 900.-- bereits bezahlt. Insgesamt sind also RM 9.562.20 fuer den Transport bezahlt worden, sodass aus sich uebrigens ergibt, dass der Wert des Umzugsgutes nicht bloss RM 21.500.-- betragen haben kann. Bei Berechnung der Transportkosten wurde gemäss eines Vorschlages der Firma Kinkel die weiteste Strecke zu Grunde gelegt, um gegen unvorhergesehene Umstände gesichert zu sein und ohne Nachzahlungen auszukommen.

Unter diesen Umständen ist es wahrscheinlich, dass die fehlenden RM 4.800.-- fuer den Zweck verbraucht sind, fuer den das Geld eingezahlt wurde. Hiermuesste die Oberfinanzdirektion einen Beweis erbringen.

ausgefertigt am 22.1.52  
abgewandt am 22. JAN. 1952  
mit Anl. 2

1. D an Ofl. Hamburg an Abt.  
05210 - A 109 a 1152  
m. a. B. in K + H.  
2. W. 2 Abt.

19.3.

18.1.52



Oberfinanzdirektion Hamburg  
A 109 a - BV 43 a

Hamburg 13, den 31. Juli 1952.  
Postanschrift: Hartungstr.5  
Büro Wiedergutmachung:  
Hamburg 13, Magdalenenstr.64a  
Tel. 34 10 04

An das  
Wiedergutmachungsamt  
beim Landgericht Hamburg

(24a) Hamburg 36  
Sievekingplatz

5. AUG. 1952

mit Anlagen



Betr.: Rückerstattungssache Alexander ./.. Deutsches Reich.  
Bezug: Dort.Schreiben vom 22.7.52 - Az. I/Z 1355.- 2 -

Zu dem mir mit Bezugsschreiben übersandten Schriftsatz  
des Berechtigten vom 10.7.1952 nehme ich wie folgt Stellung:

Der Antragsteller führt in seinem Schriftsatz vom 10.7.52  
aus, die Oberfinanzdirektion habe im Schreiben vom 9.11.51 unter-  
stellt, es seien unverbrauchte Frachtkostenvorschüsse vorhanden  
gewesen. Im Schreiben vom 9.2.52 seien hingegen keine Fracht-  
kostenvorschüsse mehr ausgewiesen worden. In diesem Sinne sind  
die Schreiben der Oberfinanzdirektion jedoch nicht zu verstehen.  
Mit Schreiben vom 9.11.1951 ist lediglich gesagt, daß der Ver-  
steigerungserlös ..... RM 14.288,78  
betragen habe und, da am 19.9.44 an den Ober-  
finanzpräsidenten Ostpreussen ..... RM 16.495,28  
überwiesen worden sind, angenommen werden müsse,  
daß es sich bei dem Differenzbetrag von ..... RM 2.206,50  
um nicht verbrauchte Frachtkostenvorschüsse ge- =====  
handelt habe.

Mit einem Feststellungsbeschluss in dieser Höhe habe ich  
mich einverstanden erklärt. Ueber den Verbleib der Differenz  
von ..... RM 4.865,20  
(7.071,70 - 2.206,50) und über die Verwertung dieses Betrages  
liegen hier keine Unterlagen vor.

Im Schreiben vom 9.2.1952 ist zwar gesagt, daß für den  
Berechtigten unverbrauchte Frachtkostenvorschüsse nicht einge-  
zahlt worden seien. Damit ist der im Schreiben vom 9.11.1951  
genannte Betrag von ..... RM 4.865,20  
gemeint. Meine weitere Bemerkung im Schreiben vom 9.2.1952, daß  
angenommen werde, unverbrauchte Frachtkostenvorschüsse seien  
nicht mehr vorhanden, ist dahin zu verstehen, daß diese unter  
Umständen durch die Firma Kinkel verwertet worden sein könnten.  
Ob das aber zutrifft, entzieht sich meiner Kenntnis. Deshalb  
stellte ich dem Berechtigten auch anheim, seine Forderung gegen  
die Firma Kinkel geltend zu machen.

Im Auftrag:

gez. Dr. Dünfründt



Kanzleiangestellte

1/10.11.52  
2/24.11.52  
p.k. + St.

2/12.11.52 Fr. 22/11.52

11.7.1, mündselbstg.

3

8.8.52



Transportkontor der Rheinisch-Westfälischen Eisen-Industrie

**A. KINKEL Akt.-Ges.**

Zweigniederlassung HAMBURG

Luffracht-Agenten (IATA)

Bankkonten:

Norddeutsche Bank in Hamburg, Dep.-K. W.,

Hamburger Kreditbank, Dep.-K. Montanhof

Postscheckkonto: Hamburg 836

Telegramm-Adresse: Kinkeltransport

Fernsprecher: 32 20 73/75

Ihr Zeichen

Ihr Schreiben vom

Unsere Abteilung

Unser Schreiben vom

Sekr.B/w 9543

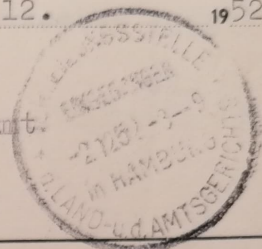
HAMBURG 1, den 1. 12.

Postfach 937

1952

An das  
Wiedergutmachungsamt  
beim Landgericht

Hamburg 36



Az: I Z 1355-2.

Betr.: Rückerstattungssache Alfred Alexander.

Auf Ihre Anfrage vom 5.11. bedauern wir sehr, mitteilen zu müssen, daß wir zur Aufklärung des Sachverhalts nichts beitragen können, da unsere sämtlichen Unterlagen wie Speditionsbücher und Kontokarten über Transporte aus dem Jahre 1939 bei dem Bombenschaden 1943 in der Kleinen Reichenstraße vernichtet wurden.

Transportkontor der Rheinisch-  
Westfälischen Eisen - Industrie

A. K i n k e l A.G.

Zweigniederlassung Hamburg

(Dr. Stammeier)

Befertigt am 6.12.52  
Gelesen am  
Abgesandt am

*4 anfragen von URO.  
mit anfrage, welche  
unterlagen jetzt gegeben  
werden.  
9.2.1953*

Vorsitzter des Aufsichtsrates: Ministerialrat Werner Holz, Vorstand: Ludger Overhamm, Dr. Wolfgang Richter, Wilhelm Berkop.

Wir arbeiten ausschließlich auf Grund der Allgemeinen Deutschen Speditionsbedingungen (ADSp.) - neueste Fassung. Gerichtsstand und Erfüllungsort: Hamburg.

stenbetrag an die Kasse der damaligen Gestapo abgerufen worden. Es ist mit Sicherheit anzunehmen, daß dies auch im vorliegenden Fall geschehen ist. Überprüfen sind wir in Übereinstimmung mit dem Wieder-



TRANSPORT-KONTOR DER RHEINISCH-

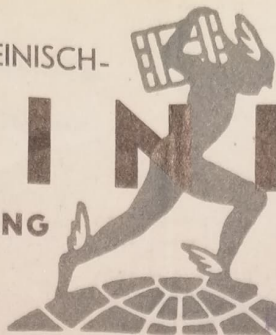
WESTFÄLISCHEN EISEN-INDUSTRIE

# A. KINKEL

ZWEIGNIEDERLASSUNG

HAMBURG

Fernsprecher: 32 20 71 - 32 20 76  
Telegramm-Adresse: KINKELTRANSPORT  
Postcheck-Konto: Hamburg Nr. 836



Bank-Konten:

Norddeutsche Bank in Hamburg, Depsk. W  
Hamburger Kreditbank, Dep.-K. Montanhof



ALTESTES SAMMELLAGUNGS-GESETZ DEUTSCHLANDS

Internationale Transporte · Lagerung · Verzollung · Eigener Fuhr- u. Autopark  
LUFTFRACHT- UND PASSAGE-AGENTEN (IATA)

An die  
Wiedergutmachungskammer  
beim Landgericht Hamburg

H a m b u r g 36

*Wiedergutmachung*

Eigene Niederlassungen in:

Altena-Westf. · Berlin · Bremen · Brügge-Westf.  
Düsseldorf · Flensburg · Gevelsberg · Gummers-  
bach · Hagen · Hamburg · Hohenlimburg  
Iserlohn · Leipzig · Lüdenscheid · Menden  
Plettenberg · Remscheid · Solingen  
Solingen-Wald · Velbert (Rheinl.)  
Wuppertal-Barmen · Wuppertal-Cronenberg

Hamburg 1, den 13. März 1953  
Mönckebergstr. 3, Klöpperhaus C, V. Stock  
Postfach 937

Ihre Zeichen

1 WiK 103/53  
I/Z. 1355 -2-

Ihr Schreiben vom

Unsere Abteilung

Sekr.B/W 9543

Unser Schreiben vom

In der Rückerstattungssache

Alfred Alexander ./.. Deutsches Reich,

erheben wir Widerspruch gegen den Antrag des Antragstellers.

Wie dem Wiedergutmachungsamt beim Landgericht Hamburg am 1.12. v.J. mitgeteilt wurde, sind bei uns sämtliche Korrespondenzen, Speditionsakten, Speditionsbücher und Kontokarten aus dem Jahre 1939 bei dem Bombenschaden 1943 in Verlust geraten. Es wird daher beantragt, dem Antragsteller aufzugeben, die Originalunterlagen vorzulegen, auf Grund welcher er seinen Anspruch geltend macht - insbesondere die Kopie des Expeditionsauftrags und die Originalabrechnung. Des weiteren wird gebeten, den Antragsteller zu veranlassen, mitzuteilen, durch welchen Auktionator die Versteigerung des hier in Betracht kommenden Umzugsguts erfolgt sein soll.

Was einen etwaigen unverbrauchten Frachtkostenvorschuß anbelangt, so ist in allen Fällen ähnlicher Art entsprechend der bei der Beschlagnahme durch die damalige GESTAPO getroffenen Anordnung neben dem Versteigerungserlös auch ein etwaiger überschießender Frachtkostenbetrag an die Kasse der damaligen Gestapo abgeführt worden. Es ist mit Sicherheit anzunehmen, daß dies auch im vorliegenden Fall geschehen ist. Im übrigen sind wir in Übereinstimmung mit dem Wiedergutmachungsamt beim Landgericht Hamburg (s.Schr. vom 22.9.v.J.) der Auffassung, daß die etwaigen Ansprüche aus dem Frachtvertrag gegen uns nach dem Rückerstattungsgesetz nicht schlüssig und bei den ordentlichen Gerichten geltend zu machen sind.

Transport-Kontor der Rheinisch-  
Westfälischen Eisen-Industrie  
A. K i n k e l Akt.-Ges.  
Zweigniederlassung Hamburg

Sachbearbeiter: Herr Bonson.

Wir arbeiten ausschließlich auf Grund der Allgemeinen Deutschen Spediteurbedingungen (ADSp.) neueste Fassung  
Gerichtsstand und Erfüllungsort: Hamburg







richtigt.

II. Gegenüber dem Antragsgegner zu 1.) wird festgestellt, daß das Deutsche Reich verpflichtet ist, dem Antragsteller den Verlust des folgenden Betrages zu ersetzen:

2.206,50 RM (Transportkostenguthaben),  
Zeitpunkt des Verlustes: 7. Juli 1941.

III. Die weitergehenden Ansprüche gegen den Antragsgegner zu 1.) sowie sämtliche Ansprüche gegen die Antragsgegnerin zu 2.) werden abgewiesen.

IV. Diese Entscheidung ergeht gebührenfrei; eine Erstattung außergerichtlicher Kosten findet nicht statt.

#### G r ü n d e :

Der jüdische Antragsteller, der früher in Königsberg wohnhaft war, ist kurz vor Kriegsbeginn aus Deutschland ausgewandert. Sein in 2 Lifts enthaltenes Umzugsgut wurde durch die Antragsgegnerin zu 2.) verpackt, zunächst nach Hamburg gesandt und hier im Freihafen eingelagert. An die Antragsgegnerin zu 2.) hat der Antragsteller die Lift- und Verpackungskosten, Lagerkosten für Hamburg und die Kosten für den Transport nach Übersee <sup>von</sup> ausbezahlt. Nach seiner Darstellung soll es sich insgesamt um einen Betrag von 9.562,20 RM gehandelt haben. Während des Krieges wurde das Umzugsgut durch die Gestapo beschlagnahmt und in ihrem Auftrag durch den Gerichtsvollzieher B o b s i e n versteigert. Bobsien hat den Nettoerlös von 14.288,78 RM am 7. Juli 1941 an die damalige Gestapo Hamburg überwiesen. Die Gestapo hat am 19. September 1944 16.495,28 - d.h. einen höheren Betrag - an die Oberfinanzkasse Königsberg überwiesen.

Der



Der Antragsteller hat wegen seines Hausrats und wegen der Transportkosten frist- und formgerecht Rückerstattungsansprüche aus Gesetz Nr. 59 angemeldet. Wegen des Hausrats schwebt das Verfahren unter dem Aktenzeichen 1 WiK 116/52 vor dem erkennenden Gericht.

Wegen der im gegenwärtigen Verfahren streitigen Transportkosten hat der Antragsteller Schadenersatzansprüche wegen eines Betrages von 7.071,70 RM geltend gemacht. Er hat insoweit vorgetragen, daß er von der Antragsgegnerin zu 2.) eine Rechnung vom 15. Juli 1939 über 7.167,55 RM erhalten habe, die - abgesehen von einem Betrag von 95.85 RM für Lagergeld - für die Kosten des Transports der Lifts nach Freemantle (Australien) bestimmt gewesen wäre. Diesen Betrag hat er bezahlt. Daß er bis zur Versteigerung des Hausrats für Lagerkosten von der Antragsgegnerin zu 2.) verbraucht worden wäre, sei völlig unwahrscheinlich, da in den vorher der Antragsgegnerin zu 2.) überwiesenen Beträgen die Lagerkosten für Hamburg mit 900.-- RM bereits enthalten gewesen wären. - Als Verpflichtete hat der Antragsteller beide Antragsgegner in Anspruch genommen.

Der Antragsgegner zu 1.) hat eingeräumt, daß die Differenz zwischen der von Bobsien überwiesenen Summe von 14.288,78 RM und dem später von der Gestapo nach Königsberg bezahlten höheren Betrag von 16.495,28 RM wahrscheinlich darauf zurückzuführen sei, daß der Gestapo auch ein Transportkostenguthaben des Antragstellers zugeflossen wäre. Er hat demgemäß einem RM-Feststellungsbeschluß in Höhe von 2.206,50 RM nicht widersprochen und im übrigen Abweisung beantragt.

Die Antragsgegnerin zu 2.) hat ebenfalls Abweisung beantragt. Ihre Akte wäre 1943 durch Bombenschaden in Verlust geraten, sodaß sie nicht mehr feststellen könne, welches Guthaben für den Antragsteller im Zeitpunkt der Einziehung des Hausrats noch offen gewesen wäre. Im übrigen wären sämtliche unverbrauchten Frachtkostenvorschüsse auf

Anordnung



Anordnung der damaligen Gestapo an sie abgeführt worden. Es müsse angenommen werden, daß das auch im vorliegenden Fall geschehen sei. Im übrigen <sup>wären</sup> ~~es~~ für etwaige Ansprüche aus dem Frachtvertrag nicht die Wiedergutmachungskammern zuständig. Der Antragsteller mußte insoweit seine Ansprüche vor dem ordentlichen Gericht verfolgen.

Vor der Wiedergutmachungskammer hat ein Termin stattgefunden, in dem den Parteien Gelegenheit zur mündlichen Erörterung des Streitstoffes gegeben wurde. Ergänzend wird auf den Akteninhalt verwiesen.

Die Ansprüche gegen die Antragsgegnerin zu 2.) sind aus dem Gesetz Nr. 59 nicht begründet. Auf Grund der Tatsache, daß die Gestapo insgesamt 16.495,28 RM nach Königsberg überwiesen hat, während ihr nur 14.288,78 RM vom Versteigerer bezahlt wurden, sieht es die Kammer für erwiesen an, daß tatsächlich ein Transportkostenguthaben des Antragstellers zu Gunsten des Deutschen Reiches eingezogen wurde. Aus einer weiteren Teilversteigerung kann der Differenzbetrag von 2.206,50 RM nicht herrühren, weil der Gerichtsvollzieher Bobsien den gesamten Hausrat versteigert hat. Da der Antragsteller in Königsberg wohnhaft <sup>war</sup> und außer dem Lift und dem Transportkostenguthaben offensichtlich keine Vermögenswerte in Hamburg hatte, kann der Betrag nur dem Transportkostenguthaben entstammen. - Mit Bejahung der Frage der Einziehung des Guthabens steht fest, daß die Antragsgegnerin zu 2.) das Guthaben an die Gestapo überwiesen haben muß. Da die Forderung des Antragstellers gegen die Antragsgegnerin zu 2.) durch die Gestapo (Deutsches Reich) ungerechtfertigt entzogen war, konnte die Antragsgegnerin zu 2.) gemäß Art. 24 REG so lange mit befreiender Wirkung an das rückerstattungs-pflichtige Deutsche Reich leisten, bis ihr die Anmeldung des Rückerstattungsanspruchs bekanntgegeben wurde. Die Zahlung ist ~~bereits~~ während des Krieges geleistet worden. Die Antragsgegnerin ist demgemäß nach Art. 24 REG von

ihrer



ihrer Schuld befreit. Sollten wirklich Beträge des Transportkostenguthabens bei ihr verblieben sein, so muß der Antragsteller insoweit auf Grund des Beförderungsvertrages seine Ansprüche im ordentlichen Verfahren verfolgen. Ein Rückerstattungsanspruch würde ihm insoweit nicht zustehen, da ihm nichts entzogen wurde.

Gegen den Antragsgegner zu 1.) ist der Anspruch in dem Umfang begründet als ihm nach dem Tenor dieses Beschlusses stattgegeben wurde. Daß die Einziehung des Guthabens eine ungerechtfertigte Entziehung im Sinne der Art. 1 und 2 REG darstellte, bedarf keiner weiteren Ausführung. Da der Verlust des Kontos auf einem Verschulden des Antragsgegners zu 1.) beruht, ist er gemäß Art. 26 Abs.2 REG zum Schadenersatz verpflichtet. Für die Frage der Umstellung dieser Schadenersatzverpflichtung auf DM gilt das gleiche, was die Kammer im Beschluß vom 21. Mai 1952 in der Sache 1 WiK 116/52 ausgeführt hat, auf den vollen Umfang verwiesen werden kann. Es konnte nur die Feststellung einer Schadenersatzverpflichtung des Reiches in RM in Betracht kommen.

In tatsächlicher Beziehung konnte nur für erwiesen angesehen werden, daß ein Frachtkostenguthaben von 2.206,50 RM eingezogen wurde. Was aus den sonstigen Beträgen geworden ist, kann nicht mehr geklärt werden, weil die Unterlagen bei der Antragsgegnerin zu 2.) vernichtet sind und auch der Antragsgegner zu 1.) weitere Gestapokassenlisten nicht besitzt. Wahrscheinlich ist ein erheblicher Teil des ursprünglich höheren Guthabens für Lagerkosten verbraucht worden. Die vom Antragsteller angegebenen Lagerkosten von 900.-- RM, die er für Hamburg bezahlt hat, sind ersichtlich nur für die Zeit bis zum Transport nach Übersee gedacht gewesen. Da das Umzugsgut nicht versendet werden konnte, müssen in der Zeit von 1939 - Mitte 1941 erhebliche weitere Lagerkosten, Versicherungsprämien etc. aufgelaufen sein.

Als Verlustzeitpunkt hat die Kammer das gleiche

Datum



Datum angenommen, an dem der Hausrat versteigert wurde.

Die Kostenentscheidung folgt aus Art. 63 REG in Verbindung mit § 7 der 2. Ausführungsverordnung zum Rückerstattungsgesetz.

*[Signature]*

*Klausel Rautsch*

In bezeichneter Rechtsangelegenheit ist bis zum **7. Sept. 1953** einschl. eine Rechtsmittelschrift bei dem Hanseatischen Oberlandesgericht nicht eingereicht worden. Hamburg, den **9. Sept. 1953**  
Die Geschäftsstelle  
des Hanseatischen Oberlandesgerichts



*[Signature]*  
Justizinspektor